

Liestal, den 6. Februar 2018

**Stellungnahme des Jugendrats Baselland zur zusätzlichen Berichterstattung zur Erfüllung des Postulats 2013-028 von Martin Rüegg (SP) «Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II»**

Der Jugendrat Baselland hat den Bericht des Regierungsrates 2017-326 zum Postulat «Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II» zur Kenntnis genommen.

Er begrüsst, dass der Regierungsrat den hohen Stellenwert und den Handlungsbedarf im Bereich Politik an Schulen anerkennt. Ebenfalls befürwortet er die Bestrebungen der Baselbieter Gymnasien zur Verbesserung der politischen Bildung an den Schulen.

Folgende Erkenntnisse zieht der Jugendrat aus der Berichterstattung:

**Fehlende Verbindlichkeit**

Nach Ansicht des Jugendrates fehlt in den beschriebenen Massnahmen die Verbindlichkeit. Die Erfahrung des Jugendrates zeigt, dass eine fehlende Verbindlichkeit politischer Bildung in der Schule nicht zum erwünschten Erfolg führt, da anfangs initiierte Projekte häufig bei Wechsel der Lehrpersonen vernachlässigt werden. So kann in den Schulen nicht gewährleistet werden, dass die angestrebte Verbesserung in der politischen Bildung auch umgesetzt und eine nachhaltige Wirkung erzielt wird.

**Differenzen zwischen den Gymnasien**

Die im Bericht aufgezeigten Bestrebungen der einzelnen Gymnasien fallen sehr unterschiedlich aus. So unterrichtet das Gymnasium Oberwil als einziges Gymnasium ein Jahr lang politische Bildung im Regelunterricht. Im Gegensatz dazu bildet das Gymnasium Liestal die SchülerInnen nur in Wahlpflicht- und Freifächern in der politischen Bildung aus, welche nur von einem Bruchteil der Schülerschaft besucht werden. Die restlichen Baselbieter Gymnasien setzen die politische Bildung wiederum auf andere Art und Weise um. Für den Jugendrat ist es daher nicht nachvollziehbar, wie solch grosse Unterschiede im Kanton bestehen können, unabhängig der Teilautonomie der Gymnasien. Unserer Meinung nach sollten alle SchülerInnen unabhängig des besuchten Gymnasiums in gleicher Weise und in gleichem Umfang die Grundlagen politischer Bildung vermittelt bekommen.

Aufgrund dieser Punkte sieht der Jugendrat weiteren Handlungsbedarf in der Thematik der politischen Bildung. Auch die Berichterstattung der BKSK weist auf die fehlende Verbindlichkeit hin, verweist in diesem Punkt jedoch auf den Jugendrat. Der Jugendrat ist gerne bereit, auch in Zukunft weitere solcher politischen Anlässe zu organisieren, sieht jedoch darin auch einen geforderten Leistungsauftrag der Regierung gegenüber des Jugendrates für die Durchführung von Sonderveranstaltungen zur politischen Bildung. Mit der Vergabe eines solchen Leistungsauftrages könnte eine Verbindlichkeit der politischen Bildung im Kanton systematisch umgesetzt werden.

Der Jugendrat fordert daher die LandrätInnen dazu auf, weitergehende Massnahmen zur Sicherung der politischen Bildung im Kanton Baselland in Form einer Motion an den Regierungsrat zu ergreifen. Damit soll erreicht werden, dass die politische Bildung im Kanton Baselland verbindlich an den Schulen durchgeführt wird und alle SchülerInnen in gleicher Weise und in gleichem Umfang die Grundlagen der politischen Bildung erlernen.

Bei allfälligen Rückfragen oder Auskünften stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Im Namen des gesamten Jugendrates Baselland

Abeelan Rasadurai

